

Wer ist denn nun schuld am Gas-Elend?

Stand: 06:39 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Kristoffer Fillies

Bei „Anne Will“ beschuldigen sich Vertreter der Ampelkoalition und der CDU gegenseitig, die Verantwortung für die aktuelle Energiekrise zu tragen. Und dann streiten die Ampel-Vertreter sich auch noch untereinander.

Durch [Nord Stream 1 fließt wieder Gas \(/wirtschaft/article240021723/Nord-Stream-1-Das-Gas-fliesst-wieder-nach-Deutschland.html\)](/wirtschaft/article240021723/Nord-Stream-1-Das-Gas-fliesst-wieder-nach-Deutschland.html), aktuell liegt die Auslastung aber nur bei 40 Prozent. Eine stabile Lieferung von russischem Gas ist bereits seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar nicht mehr gesichert. Deutschlands größter Gas-Importeurs [Uniper ist zudem in Schieflage geraten \(/wirtschaft/article240058335/Uniper-Bund-steigt-mit-30-Prozent-bei-Gas-Importeur-ein.html\)](/wirtschaft/article240058335/Uniper-Bund-steigt-mit-30-Prozent-bei-Gas-Importeur-ein.html), der Staat ist jetzt mit 30 Prozent Beteiligung eingestiegen. Kurzum: Die Energiekrise spitzt sich zu – kann die Regierung die Katastrophe verhindern? Und wie schafft Deutschland die Energiewende?

Darüber diskutierten bei Anne Will die Bundestagsabgeordneten Nina Scheer (SPD), Alexander Graf Lambsdorff (FDP) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne) von den Ampel-Koalitionsparteien sowie Oppositionspolitiker Norbert Röttgen (CDU). ZEIT-Korrespondentin Petra Pinzler kommentierte Aussagen der Politiker und kritisierte eine Uneinigkeit in der Koalition.

Welche Regierung ist schuld?

Bundeskanzler Olaf Scholz kehrte früher aus seinem Sommerurlaub zurück, kündigte Unterstützung der Bürger, etwa durch mehr Wohngeld, und für die Industrie an. „[You'll never walk alone \(/debatte/kommentare/plus240092217/Krisenherbst-You-ll-never-walk-alone-Schoen-waer-s-ja-Herr-Scholz.html\)](/debatte/kommentare/plus240092217/Krisenherbst-You-ll-never-walk-alone-Schoen-waer-s-ja-Herr-Scholz.html)“, sagte er in Anspielung auf die berühmte gleichnamige Fußballhymne.

„Es wird weitere Maßnahmen geben“, kündigte Nina Scheer an, Energie- und klimapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir haben massive Belastungen. Und die Dramatik in den Preissteigerungen ist noch gar nicht angekommen. Die werden angekommen sein, wenn es fürs Sparen zu spät sein wird“, warnte sie.

Norbert Röttgen kritisierte die vorgelegten Energiesparpläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und das Handeln der drei Koalitionsparteien: „Es gibt keine Einsparstrategie, die vorgelegt worden ist“. Bisher sei nichts dazu von Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet oder im Bundestag eingebracht worden, so Röttgen. Der Russisch-Ukrainische-Krieg sei der Kontext, auf dem die aktuelle Energiekrise fuße. „In dem halben Jahr, seit wir von dem Problem mit dem Gas wissen, ist nichts passiert“, kritisierte der ehemalige Bundesumweltminister.

Damit hatte Röttgen einen Stein ins Rollen gebracht. „Seit Februar wird geklärt, wie wir etwas einsparen können, wo wir andere Energien herbekommen können und wie wir den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen können“, zählte Katrin Göring-Eckardt auf. „Auch im Bundestag besprechen wir das und ist es besprochen worden. Vielleicht waren Sie ja nicht da“, sagte sie scharf.

„Es war die CDU, die in den letzten Jahren auf der Bremse stand“

Sogleich legte Göring-Eckardt in Richtung Röttgen nach: „Es ist jetzt der Moment, in dem Sie sagen: ‚Wir haben es versäumt, für mehr Erneuerbare Energie zu sorgen und es versäumt, uns von Putin unabhängig zu machen.‘ Es war nämlich Ihre Regierungszeit gewesen. Und Sie waren als Umweltminister mit in der Verantwortung.“

Den Schuh zog sich Röttgen allerdings nicht an. „Wir haben damals alle im Konsens übereingestimmt, dass Gas ein zentraler Pfad in die erneuerbare Zukunft ist. Unter Einschluss der Grünen“, erwiderte er. Jetzt gebe es eben eine neue Situation, weil russisches Gas weggebrochen sei. „Es gibt Fehler und Verantwortung in der Vergangenheit. Aber auch Fehler und Verantwortung in der Gegenwart, und dafür sind Sie verantwortlich“, gab der Bundestagsabgeordnete zurück.

Dass die Ampelkoalition seit Februar nichts für die Energiesicherheit tun würde – dem widersprach auch Scheer: „Das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz ist etwa eine der

gesetzlichen Grundlagen, die bereits durch den Bundestag durchgegangen ist.“ Das EKBG sieht einen verstärkten Einsatz von Kohlekraftwerken für die Stromerzeugung vor. „Es war die CDU, die in den letzten Jahren auf der Bremse stand bei erneuerbaren Energien“

„Dann kommt der Finanzminister und sagt: Der Sack ist doch eigentlich leer“

Für Journalistin Pinzler ist die Diskussion über „Wer hat welchen Fehler gemacht“ derzeit nicht angebracht. „Es sollte nach vorne geguckt werden. Was können wir jetzt tun?“ Im Hinblick auf das Einsparen könne die Bundesregierung nämlich ihrer Meinung nach mehr tun. Pinzler: „Bisher haben wir eine nicht-funktionierende Kampagne des Wirtschaftsministers zum Einsparpotential. Die kennt und sieht niemand, kostet aber Millionen.“

Vielmehr sollte an die Menschen appelliert werden, die etwas tun könnten: „An die Tüftler, Denker und Ingenieure. Oder die Bauhauskunden, die gerne etwas an ihren Häusern machen“, sagte Pinzler. Die Regierung könne nach dem Motto handeln: „Wir als Land können sparen und jeder sollte das versuchen, wo er kann.“ Kanzler Scholz habe hingegen mehr ein Bild des Bürgers als jemanden, dem man helfen müsse, so Pinzler. „Die gibt es, aber das Land besteht auch aus viele Menschen, die man aktivieren kann. Dieser Appell fehlt.“

„Wir erleben drei Parteien, die sich völlig uneinig sind. Es ist, als käme der Nikolaus mit einem dicken Sack, und jeden Tag greift ein anderer rein und sagt: Ich schenke dies und ich schenke das. Und am Ende kommt der Finanzminister und sagt: Aber der Sack ist doch eigentlich leer.“

Diese Uneinigkeit bewiesen auch die drei Koalitionsmitglieder bei Anne Will. Pendlerpauschale? Für Graf Lambsdorff eine breite Entlastung für die Steuerzahler. Für Göring-Eckardt nicht sozial gerecht. Tempolimit? „Das ist ein Symbolthema, das irrelevant ist“, sagte Graf Lambsdorff. Das sehen SPD und Grüne ganz anders. Und auch Unionspolitiker Röttgen sprach sich für ein Tempolimit aus: „Es zählt zu den Themen, mit denen verdeutlicht wird: wir müssen uns anpassen. Denn es kommt ernsthaft etwas auf uns zu.“

Kommen längere Laufzeiten der drei verbliebenen Atomkraftwerke?

Politisch debattiert wird aktuell, ob Atomkraftwerke die Energiesicherheit gewährleisten sollen. Dafür müsste beispielsweise eine Laufzeitverlängerung beschlossen werden. CDU-Chef Friedrich Merz (</politik/deutschland/article240097331/Merz-rechnet-fest-mit-AKW-Laufzeitverlaengerung-bis-Jahresende.html>) rechnete jüngst damit, dass die Regierung einer Verlängerung bis Jahresende zustimmen werden.

„Eine Laufzeitverlängerung wird es nicht geben“, sagte Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Bundestags. Allerdings werde es einen Stresstest geben (</wirtschaft/article240009487/Stromversorgung-Das-Ringen-um-Details-des-Blackout-Stresstests.html>), dessen Ergebnis es abzuwarten gelte. Einen sogenannten Streckbetrieb für AKWs schloss sie wiederum nicht aus. „Wenn es zu einer Notsituation kommt, dass Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können, dann müssen wir darüber reden, was mit den Brennstäben ist“, sagte Göring-Eckardt.

Deutschland besitzt noch die drei aktiven AKWs Emsland, Isar und Neckarwestheim. Journalistin Pinzler rechnet damit, dass das Kraftwerk Isar in Bayern erst einmal weiterlaufen werde. „Da der Gasspeicher, der Bayern versorgt, in Österreich steht und die Österreicher darüber nachdenken, ob sie das Gas nicht selber brauchen können“, begründete sie ihre Meinung. „Wenn Bayern im Winter nicht frieren will, könnte es also eine mögliche Lösung sein, dass das AKW in Bayern in den Streckbetrieb geht. Wenn der Stresstest das ergibt.“

Vor allem aber müsse das Einsparpotential von Gas noch erhöht werden, sagte Göring-Eckardt. „Die nationale Anstrengung kann wirklich noch deutlicher werden.“ Die Diskussion hätte noch viel weiter gehen können. Anne Will musste aufgrund der abgelaufenen Sendezeit mitten in der Diskussion um weiteres Einsparpotential unterbrechen. Die Energiekrise wird angesichts der schwierigen Lage aber sicherlich nicht das letzte Mal Thema in einer Talksendung gewesen sein.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240098871>